



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Klubobfrau **Ina Bergmann**

Donnerstag, 16. 10. 2014

**Anfrage**

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Parkscheinplicht für Rettungsautos**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!**

Nach einer Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes Steiermark, wonach auch für den Rettungsdienst eine Parkscheinplicht besteht und Strafen für unrechtmäßiges Parken in den Blauen und Grünen Zonen gerechtfertigt sind, wenn die Rettungsautos nicht unmittelbar im Rahmen einer Einsatzfahrt geparkt werden, ist unter den RettungsfahrerInnen große Unsicherheit entstanden.

Problematisch ist die so geschaffene Rechtslage insofern, als Kontrollorgane im konkreten Fall ja gar nicht in der Lage sind, vor Ort festzustellen, unter welchem Titel ein Rettungsfahrzeug gerade geparkt wurde. So könnte sich die Situation ergeben, dass Rettungskräfte in jedem Fall einen Parkschein lösen müssen, nur, um der Verhängung einer Parkstrafe zu entgehen.

Das würde bedeuten, dass Rettungskräfte sich bei einem dringenden Einsatz, wo jede Minute kostbar ist, auch noch um das Lösen von Parkscheinen kümmern müssen. Andererseits dienen viele Besprechungen der Vorbereitung von Einsätzen. Auch in diesen Fällen sieht man seitens des Roten Kreuzes die Rechtsentscheidung des Landesverwaltungsgerichtes als bedenklich an.

Deshalb richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage**

**Sind Sie bereit, sich dafür stark zu machen, dass die Parkscheinplicht für Rettungseinsatzkräfte, die ihre Rettungsfahrzeuge in der Grünen und Blauen Zone in Graz abstellen müssen, rückgängig gemacht wird?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150  
+ 43 (0) 316 – 872 2151  
+ 43 (0) 316 – 872 2152  
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 16. Oktober 2014

## **Anfrage**

Betrifft: **Waldkindergarten**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Waldkindergärten erhöhen nachhaltig die Sensibilität von Kindern im Umgang mit der Natur, und der Aufenthalt an der frischen Luft stärkt das Immunsystem, sodass es zu weniger Erkältungskrankheiten kommt. Das sind die Gründe, weshalb sich der Grazer Waldkindergarten bei Eltern wie bei Kindern bereits jetzt hoher Beliebtheit erfreut.

Leider ist der Grazer Waldkindergarten derzeit jedoch privat organisiert und muss finanziell von den Eltern getragen werden, obwohl die Betreiber es befürworten würden, ihr Angebot auszuweiten und an das städtische Tarifmodell angeschlossen zu werden. Das ist jedoch bisher nicht möglich, weil dies mit den Gebäudevorschriften für Kindergärten des Landes Steiermark nicht vereinbar ist. In anderen österreichischen Bundesländern, etwa Salzburg und Oberösterreich, konnten diese Vorschriften jedoch so angepasst werden, dass dort, wie vielerorts in der ganzen Welt, Waldkindergärten von öffentlicher Hand betrieben werden können.

Daher richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

## **Anfrage**

**Sind Sie bereit, sich beim Land Steiermark dafür einzusetzen, dass der Grazer Waldkindergarten offiziell anerkannt wird und damit in das städtische Tarifmodell eingegliedert werden kann, um damit auch positive Voraussetzungen für die Eröffnung zukünftiger Freiluft-Kindergärten zu schaffen?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderat **Manfred Eber**

Donnerstag, 16. Oktober 2014

## **Anfrage**

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Busspur St.-Peter-Hauptstraße**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Busspur in der St.-Peter-Hauptstraße (stadteinwärts) ist derzeit von 6 bis 9 Uhr befristet eingerichtet. Es besteht nunmehr der Wunsch von zahlreichen BewohnerInnen, diese Befristung auf 20.00 Uhr auszudehnen. Ein Grund dafür ist unter anderem die Sicherheit der RadfahrerInnen, die die Busspur dann ganztägig mitbenützen könnten.

Deshalb stelle ich nun an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage:**

**Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Befristung der Busspur in der St.-Peter-Hauptstraße von 6 auf 20 Uhr ausgedehnt wird?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

**Gemeinderat Christian Sikora**

Donnerstag, 16. Oktober 2014

### **Anfrage**

Betrifft: **Militärmusik Steiermark muss erhalten bleiben!**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Militärmusik Steiermark wurde 1956 offiziell gegründet und hat musikalisch gesehen seit der Gründung einen sehr großen Bildungsauftrag zu erfüllen. Für viele Musiker ist die Militärmusik der Einstieg in eine Profikarriere. Sie ist außerdem Kaderschmiede für die steirischen Musikvereine.

Künftig soll es die Militärmusik in der Steiermark jedoch nicht mehr geben: Die Militärmusikkapellen sollen im Rahmen des Strukturpaketes für das Bundesheer, das von Verteidigungsminister Gerald Klug (SPÖ) präsentiert wurde, von neun auf vier reduziert werden, die Steiermark würde somit nicht mehr dazugehören. Vertreter der Blasmusik in der Steiermark und tausende MusikerInnen sind über das angekündigte Aus entsetzt und sprechen von einem schweren Schlag gegen die Blasmusik.

Etwa 1.500 Musiker spielten in den vergangenen Jahren bei der Militärmusik Steiermark; viele von ihnen wurden Berufsmusiker, Musikprofessoren oder Dirigenten. Von der musikalischen Ausbildungsmöglichkeit der Militärmusik profitierten vor allem die Blasmusikkapellen des steirischen Blasmusikverbandes.

Mit der Auflösung der Militärmusik Steiermark würde unser Bundesland einen weiteren hochqualifizierten Klangkörper verlieren, nachdem in den letzten Jahren bereits die steirische Zollwachmusik, die Justizwachmusik und die Gendarmeriemusik wegrationalisiert wurden. Der Verlust der Militärmusik wäre besonders für die Landeshauptstadt Graz sehr schmerzhaft, ist die Militärmusik Steiermark doch auch ein großer Werbeträger für die Landeshauptstadt.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

### **Anfrage**

**Sind Sie bereit, sich gegenüber dem Verteidigungsministerium für den Erhalt der steirischen Militärmusik einzusetzen?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> **Uli Taberhofer**

Donnerstag, 16. 10. 2014

## **Anfrage**

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

**Betrifft: Anbringung einer Zusatztafel am Denkmal zu den Februarkämpfen 1934 vor dem Grazer Hauptbahnhof**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!**

Vor einiger Zeit brachte ich eine Initiative im Gemeinderat ein, dass die Aufstellung des Denkmals zu den Februarkämpfen 1934 auch nach dem Bahnhofsumbau vor Ort wieder gewährleistet sein muss. Diesem Ersuchen wurde zwar entsprochen, aber leider fehlt nach wie vor ein wichtiges Detail, nämlich eine Zusatztafel am Denkmal, die an den Widerstand gegen den Austrofaschismus im Februar 1934 erinnert und das Mahnmal überhaupt als solches erkennbar macht.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

## **Anfrage**

**Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, damit möglichst schnell wieder eine Zusatztafel am Denkmal vor dem Grazer Hauptbahnhof angebracht wird, mit dem Hinweis, dass es an den Widerstand gegen den Austrofaschismus im Februar 1934 erinnert?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> **Uli Taberhofer**

Donnerstag, 16. 10. 2014

## **Anfrage**

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

**Betrifft: Kontaktaufnahme mit VertreterInnen der ÖBB, um die Einrichtung einer „sozialen Wärmestube“ am Grazer Hauptbahnhof zu ermöglichen**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!**

Bereits im Vorjahr wies ich in einem Antrag darauf hin, dass sich die Schließung der Bahnhofsmision am Grazer Hauptbahnhof in den 90er Jahren als schwerer Fehler erwiesen hat. Es zeigt sich vor allem zu dieser Jahreszeit verstärkt, dass der Bedarf an einer kostenlosen sozialen Anlaufstelle in Bahnhofsnähe sehr groß ist. Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen benötigen ein niederschwelliges Hilfsangebot, das eine Ruhezone und eine Rückzugsmöglichkeit ohne Konsum- und Beratungszwang sicherstellt. Ein unterstützendes Gespräch, eine warme Mahlzeit, die Wäsche waschen, sich duschen oder gratis die Toiletten benutzen zu können, das sind nur einige Beispiele, um die Notwendigkeit der Einrichtung einer „sozialen Wärmestube“ zu verdeutlichen.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

## **Anfrage**

**Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen der ÖBB zu kontaktieren, um die Möglichkeiten zur Einrichtung einer „sozialen Wärmestube“ als niederschwelliges Hilfsangebot am Grazer Hauptbahnhof erneut zu prüfen?**



**KPÖ-Gemeinderatsklub**

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> **Uli Taberhofer**

Donnerstag, 16. 10. 2014

## **Anfrage**

an Herrn Bürgermeister Mag. **Siegfried Nagl**

Betrifft: **Prüfung der Einrichtung einer Bushaltestelle vor der Peter Rosegger-Schule**

**Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!**

Viele Schulkinder der Peter-Rosegger-Schule sind darauf angewiesen, mit dem öffentlichen Verkehr zu ihrer Schule zu kommen. Sie nützen die Busse und müssen dann jedoch auf teilweise stark frequentierten Straßen zu Fuß dorthin gehen. Besorgte Eltern traten deshalb mit der Bitte an mich heran, aus Sicherheitsgründen für die Schulkinder eine Bushaltestelle direkt vor der Peter Rosegger-Schule einzurichten.

Namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

## **Anfrage**

**Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen zu kontaktieren, um die Einrichtung einer Bushaltestelle direkt vor der Peter Rosegger-Schule prüfen zu lassen?**

Betreff: Ordnungswache/Voraussetzungen für  
Ausweitung des Tätigkeitsbereichs



GRAZ

**Gemeinderatsklub**

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

## **ANFRAGE**

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Karin Katholnig  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 16. Oktober 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Groß waren die Erwartungen, als 2007 die Grazer Ordnungswache gegründet wurde. Wurde doch anfangs der Bevölkerung vermittelt, damit gleichsam eine „Wundertüte“ gegen das steigende Gefühl der Unsicherheit geschaffen zu haben. Entsprechend rasch griff die Ernüchterung – sowohl bei den MitarbeiterInnen der Ordnungswache als auch in der Bevölkerung – um sich: Fehlende bzw. eingeschränkte Kompetenzen ließen keinen Vergleich mit den in Deutschland agierenden Ordnungsdienstleistungen zu, die Folge waren Unzufriedenheit und Enttäuschung.

Mittlerweile ist die Ordnungswache ja bei der GPS angesiedelt, es gab Umstrukturierungen und eine Aufstockung der MitarbeiterInnenzahl im April auf 37 Personen. Vielleicht gerade deshalb und aufgrund der Ausweitung der Dienstzeiten auf 0:30 Uhr mehren sich in jüngster Zeit wieder Forderungen, der Ordnungswache sollten über ihren derzeitigen Tätigkeits- und Aufgabenbereich hinaus zusätzliche Einsatzfelder zugewiesen werden: Etwa im Bereich des Univiertel zu spätnächtlichen bzw. frühmorgendlichen Zeiten, um die NachtschwärmerInnen zu mehr Ruhe zu veranlassen, in den Nachtstunden im Stadtpark oder im Volksgarten, um die Geschäfte von DrogendealerInnen allein durch ihre Präsenz zu unterbinden, zu nächtlichen Stunden an sogenannten Hotspots wie den Griesplatz oder den Jakominiplatz, um dadurch das Sicherheitsgefühl zu erhöhen.

Eines zeigen all diese Forderungen deutlich: Viele GrazerInnen empfinden an gewissen Orten und speziell in den Abend- und Nachtstunden ein subjektives Gefühl der Unsicherheit – sie halten die Präsenz der Polizei für höchst unzureichend. Fraglich ist allerdings, ob die Ordnungswache nicht zuletzt aufgrund ihrer derzeitigen Kompetenzen und der sehr klar definierten Aufgabenstellung – sie ist NICHT für Sicherheit im Sinne des Strafrechtes zuständig und ahndet KEINE Straftaten – dazu geeignet ist, an diesen Brennpunkten wirklich für jene Sicherheit zu sorgen, die von den Menschen gewünscht wird. Bzw., dass die derzeitigen Rahmenbedingungen, sprich die Kompetenzen und die



personelle Ausstattung nicht dazu geeignet sind, die Ordnungswache auch an diesen Brennpunkten einzusetzen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

1. Gibt es seitens der Stadt Überlegungen, den Einsatzbereich der Ordnungswache auf die im Motivenbericht angesprochenen Brennpunkte auszuweiten – und zwar sowohl in räumlicher als auch zeitlicher Form?
2. Unter welchen Voraussetzungen/Bedingungen könne diese Ausweitung erfolgen?
3. Durch welche Maßnahmen könnte stattdessen den GrazerInnen ein Mehr an Sicherheitsgefühl an besagten Brennpunkten vermittelt werden?

**Anfrage** an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **16. Oktober 2014** von Gemeinderätin Mag. Astrid Schleicher

Sehr geehrter Herr  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl  
Rathaus  
8011 Graz

Graz, am 16.10.2014

Betreff: Grünflächen-Offensive - Stand der Dinge  
**Anfrage an den Bürgermeister**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Oktober 2013 wurde ein Dringlicher Antrag der Grünen im Grazer Gemeinderat eingebracht und mit allen Stimmen unterstützt. Im Dezember teilten Sie öffentlich mit, dass es in diesem Zusammenhang zu einer Rückwidmung von Bauland nach Grünland kommen soll und zur Finanzierung eine sogenannte Wasserabgabe eingeführt werden soll.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

**Anfrage**

gem. § 16 der GO für den Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz:

**Wie ist ein Jahr nach Beschlussfassung im Gemeinderat der derzeitige Umsetzungsgrad betreffend Auswahl von Grundstücken und Einführung einer Wasserabgabe aus Ihrer Sicht zu beurteilen?**